Letzte Ausgabe!

33

FICHEN FRITZ

Ein Blick zurück im Zorn!

Es gibt sie noch, die Unentwegten. Zum Beispiel am 1. Mai 1998 in Genf!

Nun ist es also entschieden: Drei zu eins gegen die S.o.S.-Initiative. An diesem Resultat gibt es nichts zu rütteln. Es war, wenn auch besser als befürchtet, so doch schlechter als erhofft, und erst recht schlechter als es im Interesse der Freiheitsrechte in diesem Land nötig gewesen wäre.

Wer ein so grundsätzliches Anliegen in widriger Zeit durchzieht, braucht sich um Besserwisser nicht zu sorgen, weder beim politischen Gegner noch in den eigenen Reihen. Die Spitzen von Organisationen, die die Initiative seinerzeit offiziell mitlanciert hatten, taten nun plötzlich so, als sei dies nur das Anliegen eines fremden kleinen Komitees. Die Partei, der ich selber angehöre, unternahm zwar noch am meisten, doch war sie beispielsweise nicht einmal imstande, im Zusammenhang mit dem später an 200–300 Unterschriften gescheiterten Referendum gegen das Staatsschutzgesetz (für das sich auf der Strasse Unterschriften problemlos sammeln liessen, so denn halt gesammelt wurde) auch nur einen Versand an die eigenen Mitglieder durchzuführen. Gemessen an der Kleinheit des Komitees, der Zahl der verbliebenen AktivistInnen und den äusserst bescheidenen Mitteln ist das erreichte Resultat schon fast eine Sensation.

Es geht aber nicht nur um das Resultat, sondern auch um die Debatte, die mutwillig verpasst wurde. Ein paar wenige Grundsatzartikel, z.B. im «Tages Anzeiger», liessen erahnen, welches Potential in einer Debatte gesteckt hätte, welche die Bedeutung der ideellen Freiheitsrechte, und damit die liberale Schweiz in Anknüpfung an die demokratische Revolution von 1848, offensiv thematisiert hätte. Und welche Bedeutung, auch nach innen, es gehabt hätte, wenn die Initiative zum Anlass genommen worden wäre, auch ein Stück Geschichte der eigenen Bewegungen zu schreiben. Wo dies ausnahmsweise stattfand, kam es jedesmal zu einem Stück spannender politischer Bildung. Voraussetzung für eine spannende Auseinandersetzung in diesem Sinne wäre allerdings eine minimale Sorgfalt gewesen. Und dass verschiedene Leute an den massgebenden Stellen, statt auf den sogenannten Trend zu starren, wieder einmal versucht hätten, den Trend zu prägen. Dieser politische Ansatz ist natürlich das Gegenteil von dem, was Demoskopen empfehlen.

Was bleibt? Abgesehen von der Abstimmungsniederlage all das Blaue, das die Gegner der Initiative und Befürworter des Staatsschutzgesetzes während des Abstimmungskampfes vom Himmel herunter versprochen haben. Keine Überwachung aus politischen Gründen mehr werde es geben: Wir werden sehen. «Präventiv» ist es jedenfalls kein Nachteil, dass die Staatsschützer, die sonst das Licht der Öffentlichkeit scheuen, gezwungen waren, sich während des Abstimmungskampfes zu «outen», denn der nächste Skandal ist programmiert – früher oder später.

Das Modell der Initiative bleibt trotz der Niederlage wegweisend, auch im internationalen Kontext. Und was das Komitee, und vor allem die Komiteesekretärin Catherine Weber, in all den Jahren mit bescheidenen Mitteln zustandegebracht haben, lässt sich – den Niederlagen zum Trotz – sehen. Das Wissen, das in den vergangenen Jahren erarbeitet wurde, ist politisches Kapital. Und kein Staatsschützer kann sicher sein, ob ihm nicht in Zukunft, wenn der Wind wieder einmal dreht, die Betroffenen plötzlich wieder in die Karten blicken.

Das Abstimmungsresultat über die S.o.S.-Initiative (dasjenige zum Staatsschutzgesetz wäre sicher weit besser gewesen) entspricht demjenigen der UNO-Vorlage und der Bankeninitiative. Das mag ein schwacher Trost sein. Der Vergleich zeigt nur, dass berechtigte Anliegen mit der Niederlage an der Urne nicht erledigt sind.

Paul Rechsteiner

Illustration: EFEU

Bilanz 1

Die Abstimmung über die S.o.S.-Initiative im Zahlenspiegel

Seite 2

Bilanz 2

Abstimmung vorbei – alles vorbei?

Seite 3

Bilanz 3

Aus den Augen, aus dem Sinn – Stimmen zur Abstimmung

Seiten 4–5

S.O.S. Im Zahlenspiegel

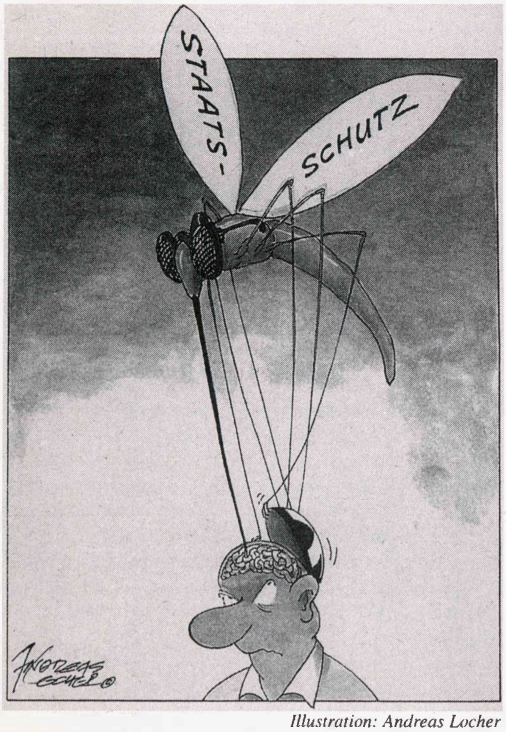


Illustration: Andreas Locher

Das Volk will sparen, das zeigte die Abstimmung vom 7. Juni u.a. ganz deutlich. Nur leider – wie uns scheint – am falschen Ort.

Zugegeben, die Abschaffung der politischen Polizei bei Bund und Kantonen hätte nicht alle leeren Kassen füllen können. Die S.o.S.-Initiative, so der Grundtenor in den meisten Zeitungen, sei zu spät gekommen, sei ein Relikt aus vergangener Zeit, sei Zwängerei u.a. Das Abstimmungsresultat von 24,9% JA-Stimmen zur S.o.S.-Initiative mag diese These bestätigen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – bereits im Fussball-WM-Fieber? – durchschauten diese Offside-Falle nicht. Kollers Spiel auf Zeit wurde weder ausgepfiffen noch mit der gelben Karte quittiert. Und so warten wir – einmal mehr – auf der Ersatzbank.

Ein kleiner Trost bleibt dennoch: Ginge es nach dem Willen einzelner (kleinerer) Gemeinden, wie etwa Auressio (88,9% Ja) oder Marolta (75,0% Ja) im Tessin, Châtillon (45 Ja gegen 37 Nein) oder Vellerat (18 JA gegen 8 Nein) im Kanton Jura oder nach dem Willen der Zürcher Stadtkreise vier (51,5% Ja) und fünf (59,8% JA), dann müsste die Schnüffelpolizei tatsächlich zusammenpacken. Zu früh gefreut haben wir uns über das Abstimmungsergebnis in der Stadt Thun: 61,1% für die S.o.S-Initiative vermeldeten die Zeitungen am 8. Juni. Aufgeschreckt durch einen Artikel in der WoZ, veranlasste der Regierungsstatthalter eine Nachzählung. Und es kam, wie es kommen musste: Die Ja-Stimmen schrumpften auf subnormale 21,1%. Gegnerischen Prognosen zum Trotz sind wir nur gerade in Appenzell-Innerrhoden (16,9%) und im Wallis (19,6%) unter die 20%-Grenze gefallen. Spitzenreiter ist – wie erwartet – der Kanton Jura mit 34,5% Ja, gefolgt vom Tessin mit 31,3% und Basel-Stadt mit 31,2%. Über 25% Ja-Stimmen gab es in Genf, Graubünden, Schaffhausen, Bern und Zürich. Die Zahlen mögen nicht für Hochstimmung sorgen. Die Tatsache aber, dass längst nicht nur «Linke und Nette» ein Ja zur S.o.S-Initiative in die Urne gelegt haben (wie z.B. 23,4% in Appenzell-Ausserrhoden) bleibt ein kleiner und feiner Trost.

«KONTROVERSE ERICH SCHMID/STEFAN KELLER

Erich Schmid und Walter Herter legen Wert auf die Feststellung, dass es sich bei dem unter dem Titel «Richtigstellung» erschienenen Text von Stefan Keller (FichenFritz Nr. 32) um eine Gegendarstellung handle. Erich Schmid hält an seiner früheren Darstellung vollumfänglich fest.

Der Text von Erich Schmid findet sich übrigens im FichenFritz Nr. 31 vom Dezember 1997 (nicht 1996, wie in der letzten Nummer irrtümlich erwähnt). Die Redaktion entschuldigt sich für diesen Fehler und erklärt die Kontroverse im FichenFritz hiermit für abgeschlossen.»

Die Redaktion übernimmt an dieser Stelle sowohl inhaltlich als auch bezüglich Layout die Verantwortung für die Titelsetzung zu Stefan Kellers Text («Richtigstellung») und entschuldigt sich in aller Form.

ZUM TROTZ ODER ALS TROST

Wir haben mit einem schmalen Budget doch einiges erreicht. Nicht gerade das, wovon wir geträumt haben – aber trotzdem. Im Vergleich zu anderen Abstimmungs-Kampagnen-Budgets lässt sich unser Resultat doch sehen. Auch wenn die Gegner sich in Häme ergehen – die im Rahmen der S.o.S.-Kampagne geführten Diskussionen hinterlassen da und dort offene Fragen, kritisch Gebliebene oder neugierig Gewordene.

Damit wir Ende August unser Komitee schuldenfrei auflösen und vielleicht sogar einen finanziellen Grundstock für einen Neu-Anfang hinterlassen können, braucht es nicht mehr viel. Ob als Trost oder zum Trotz – wir danken jetzt schon sehr herzlich für alle Spenden, die mit beiliegendem Einzahlungsschein überwiesen werden. Und wir danken insbesondere ganz herzlich all jenen, die uns in den vergangenen acht Jahren ideell und finanziell nicht im Stich gelassen haben!

P.S. Unsere Multimedia-CD-ROM – ein wertvolles Stück Geschichte auf einer kleinen Scheibe – ist auch nach dem 7. Juni noch aktuell. Wer sich jetzt noch ein Exemplar für die Zukunft sichern will (der nächste Fichenskandal kommt bestimmt) kann dies ebenfalls mit beiliegendem ES tun (regulärer Preis 29.98, für SchülerInnen und Nichtverdienende Fr. 19.98, Solidaritätspreis Fr. 49.98).

ASS – ARCHIV SCHNÜFFELSTAAT SCHWEIZ

Das Archiv Schnüffelstaat Schweiz – ASS ist ein langfristiges Projekt, die historische Aufarbeitung des Kalten Krieges bedarf erst noch ihres Anfangs. Umso wichtiger ist, dass jetzt – nach Abschluss der Kampagne um eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei – die Fichen und Akten nicht Opfer von Resignation oder Wut werden und im Abfall verschwinden.

Seit der Gründung unseres Archivprojekts im Mai 1995 haben wir dem Schweizerischen Sozialarchiv rund 400 Staatsschutzdossiers und Fichen übergeben können. Ein weiteres Akten-Paket liegt bereit zum Transport nach Zürich. Wer seine Staatsschutzdossiers dem ASS übergeben will: Kopien einsenden an ASS, Postfach 6948, 3001 Bern (Einschreiben) oder Unterlagen bestellen beim ASS, Tel. 031 312 40 30.

IMPRESSUM:
Nr. 33, Juni 1998
Erscheint mindestens vierteljährlich
Telefon: 031/312 40 30
Herausgeber/Redaktion:
Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat, Postfach 6948, 3001 Bern
MitarbeiterInnen dieser Nummer:
Heiner Busch, Josef Estermann, Paul Rechsteiner, Catherine Weber
Sekretariat: Catherine Weber
Postcheck: PC 30-4469-3
Satz: Alternative, 6460 Altdorf
Druck: S&Z Print, Brig
Auflage: 8'000

Abstimmung vorbei – Thema erledigt?

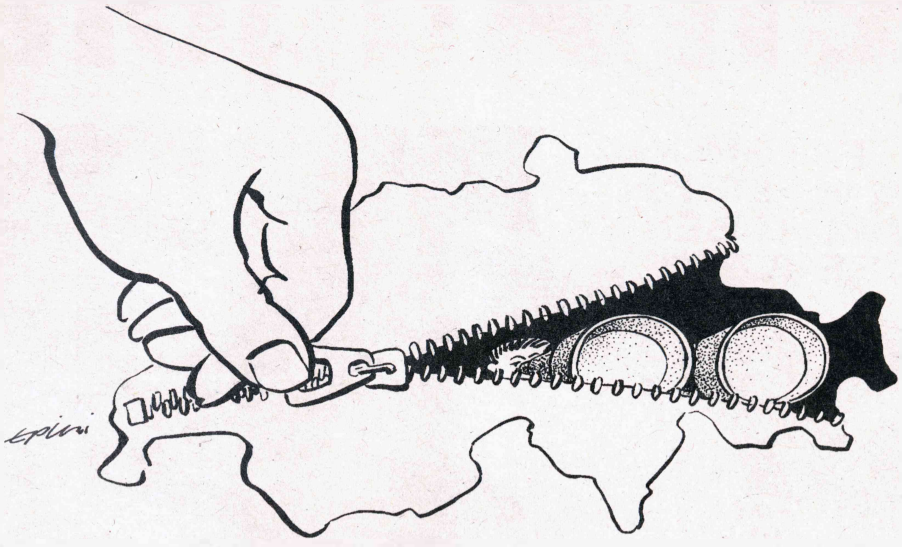


Illustration: Elena Pini

Dass die etablierte Politik eine schnellebige Sache ist, haben wir bereits vor der Abstimmung über die S.o.S.-Initiative erfahren müssen. Nicht nur der Bundesrat (der die Abstimmung über Jahre verschleppt hat) und die Bürgerlichen beschieden der Initiative, nicht mehr up-to-date zu sein. Auch ein Teil der Linken sah diesen Abstimmungskampf allenfalls noch als eine Pflichtübung, in die man nicht allzuviel Engagement investieren wollte und nach deren Absolvierung man zu den neuen Themen überzugehen hat.

Das klare Abstimmungsresultat macht deutlich, dass wir uns wohl oder übel für längere Sicht auf eine Schweiz mit Schnüffelpolizei einrichten müssen. Das Staatsschutzgesetz tritt am 1. Juli in Kraft. Das mit dem Fichenskandal 1989 aufgeschlagene Kapitel der schweizerischen Geschichte, zu dem der Kampf um die Einsicht in die alten Fichen und Dossiers sowie die S.o.S.-Initiative gehörten, scheint abgeschlossen. Welche Konsequenzen haben die GegnerInnen der Politischen Polizei daraus zu ziehen? Müssen sie nun den Kampf um demokratische Grundrechte einstellen, ihre Forderungen nach einem Recht auf Überwachungsfreiheit und einer Stärkung des Datenschutzes begraben?

Das Abstimmungsergebnis bedeutet zunächst, dass die Mittel der direkten Demokratie für unser Anliegen vorerst ausgeschöpft sind. Es macht wenig Sinn, jetzt nach dem nächsten Referendum oder der nächsten Initiative in Sachen Staatsschutz Ausschau zu halten. Damit ist auch der Zweck des bestehenden Komitees Schluss mit dem Schnüffelstaat erfüllt, denn dieses Komitee war in erster Linie ein Initiativkomitee.

Gerade angesichts der Tatsache aber, dass Bundesrat Kollers Agenda der inneren Aufrüstung noch sehr lange ist, bedarf es kritischer Stimmen. Allein im Bereich der Gesetzgebung stehen noch in diesem Jahr diverse harte Brocken an: ein Telefonabhör- und Wanzengesetz, ein V-Mann-Gesetz, erweiterte Befugnisse der Bundesanwaltschaft, Rechtsgrundlagen für weitere polizeiliche Datensysteme, Polizeiverträge mit den Schengen-Staaten .... Ganz zu schweigen von der unseligen Debatte um die Abordnung weiterer Soldaten an die Grenze oder um die Aushöhlung des Asylrechts.

In der Schweiz gibt es im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern keine Bürgerrechtsorganisationen oder unabhängige Datenschutzvereinigungen. In den vergangenen Jahren sind zwar auf lokaler Ebene «Augenauf-Gruppen» entstanden, die Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen öffentlich machen. Die «Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz» (BODS) und die Asylkoordination Schweiz sind für die Verteidigung der Rechte von AusländerInnen in diesem Land unersetzlich.

Dennoch klafft eine Lücke, die auch die Datenschutzbeauftragten bei Bund und Kantonen, so wichtig ihre Arbeit ist, nicht schliessen können. Je nach politischer Ausrichtung der Exekutive ist nämlich der politische Spielraum und die finanzielle Ausstattung dieser Ombudsstellen begrenzt. Sie können zwar Gesetzesverstösse aufdecken und im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens Kritik üben. Sie bilden das schlechte Gewissen der Exekutive. Radikaldemokratische Forderungen, die die Methoden, Zwecke und Ziele der Datensammlung generell in Frage stellen, können dagegen nur von einer Organisation oder Bewegung ausserhalb der Exekutive erhoben werden. Warum also nicht: ein Komitee für Grundrechte und Datenschutz?

Grundrechte als Programm?

Das «alte» Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat hat hier bereits Vorarbeit geleistet. Sein Augenmerk galt längst nicht nur den unmittelbar auf den Staatsschutz bezogenen Fragen, sondern der gesamten Bandbreite der inneren Aufrüstung, die nach dem Fichenskandal verharmlosend als «innere Sicherheit» daherkam und mit der «Bekämpfung der (organisierten) Kriminalität» gerechtfertigt wurde. Wer's nicht glaubt, der blättere in den 32 Ausgaben des «Fichen Fritz» oder werfe einen Blick auf das Pressearchiv des Komitees, aus dem in den letzten Jahren immer wieder Interessierte – von SchülerInnen bis hin zu eiligen Medienschaffenden – bedient werden konnten. Das Schnüffelkomitee hat sich zu diversen Gesetzesvorlagen – vom Archivgesetz bis hin zur Telefonüberwachung – «vernehmen» lassen. Zu den verschiedensten Themen – von Europol über die Polizeidatenkontrolle in Zürich bis hin zum militärischen Ordnungsdienst – hat es den Fichen Fritz-LeserInnen Dossiers zusammengestellt und für ein geringes Entgelt angeboten. Und es ist regelmässig den ParlamentarierInnen auf den Füssen gestanden, die Bürgerrechtsfragen als Nebensächlichkeiten abtun wollten.

Aufklärung der Öffentlichkeit über jeweils aktuelle Gefahren für die Bürgerrechte, kompetente und radikale Kritik von Gesetzesentwürfen und anderen Vorhaben der Exekutive, Lobbyarbeit in den Parlamenten und der Versuch, das interessierte Publikum von den AktivistInnen der Basis bis zu den Fachleuten an einen Tisch zu bringen – das müsste auch die Arbeit eines neuen Komitees für Grundrechte und Datenschutz sein. Dass über die neuen Themen nicht die alten Fragen – die Kontrolle von Polizei und Staatsschutz – vergessen werden, dafür sorgte bereits der lange Atem des alten Komitees Schluss mit dem Schnüffelstaat.

Ob und wie dieses Programm umgesetzt werden kann, ob es überhaupt ein neues Komitee geben kann und soll, das hängt nicht zuletzt vom Interesse derjenigen ab, die das alte Komitee durch ihren politischen und finanziellen Einsatz getragen haben.

Paul Robeson – eine Biographie

Das 1998 erschienene Buch des Berner Autors Martin Schwander schildert in klaren und deutlichen Worten die Gewalt des Kalten Krieges in den USA. Paul Robeson, vielen noch bekannt als Schauspieler und Sänger («ol' man river»), war ein Kämpfer für die Freiheitsrechte der schwarzen Bevölkerung. Und er setzte sich unermüdlich gegen den Faschismus der dreissiger Jahre ein, sowohl in den USA als auch z.B. in Spanien. Unter dem Vorwand des Kommunismus zogen die amerikanischen (Polizei-) Behörden alle Register, um Paul Robeson und die Friedensbewegung fertig zu machen. Die Biographie von Martin Schwander erzählt ein vergessenes oder noch unbekanntes Stück Geschichte, das in dieser kompakten, vernetzten und spannenden Form in keinem offziellen Lehrbuch zu finden ist.

Martin Schwander, «Paul Robeson – Eine Biographie», Neue Impulse Verlag, Essen 1998.

Aufgeben oder neu anfangen?

Wer dazu eine Meinung, Ideen oder Vorstellungen hat, wer die Diskussion und den Kampf um unsere Grundrechte nicht forfait aufgeben will, ist hiermit herzlich aufgefordert, Anregungen und Ideen dem Komitee mitzuteilen. Gespannt erwarten wir viele Reaktionen!

Sind wir noch zu retten?

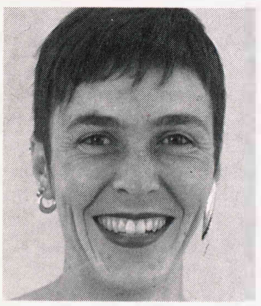
Kein Regierungswechsel, sondern vielmehr einen echten Politikwechsel: Was Heribert Prantl in seinem neuesten Buch für Deutschland fordert, gilt für die Schweiz gerade ebenso. Es brauche, so der Chefredakteur Inland der «Süddeutschen Zeitung», den «Widerstand gegen eine forcierte Politik der Entdemokratisierung und Entsolidarisierung». Dieser Widerstand müsse «von vielen Menschen, von vielen Bewegungen initiiert, organisiert, getragen und begleitet werden: von den Gewerkschaften und von spontanen Initiativen, von Schriftstellern und Künstlern, von den Kirchen, von Datenschützern, von Caritas und Innerer Mission, von kritischen Polizisten und Rechtsanwälten, von der Friedensbewegung, den Umweltschützern, vom Netzwerk der Kirchenasyl-Gruppen, von Pro Asyl und amnesty international, von Humanisten und Christen. Wenn sie sich alle zusammenfügen, wenn sie sich alle zusammentun, dann entsteht eine neue Kultur der Solidarität».

Ein Buch, das Mut macht. Ein Buch für alle, die mit Heribert Prantl der Meinung sind, es sei Zeit, dass die «braven Bürger nicht mehr brav sein wollen»!

Heribert Prantl, «Sind wir noch zu retten? Anstiftung zum Widerstand gegen eine gefährliche Politik», Hanser Verlag, München 1998.

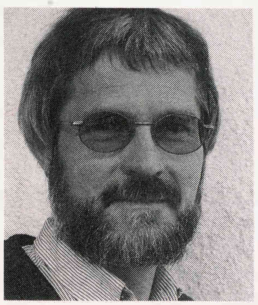
Aus den Augen,

FichenFritz hat nachgefragt. Die Abstimmungsergebnisse vom 7. Juni wie auch die vergangenen Jahre vielfältigen und intensiven Engagements hinterlassen Spuren der Wut und Resignation, aber auch viele offene Fragen. Die hier dokumentierten Stellungnahmen und Reaktionen stehen stellvertretend für die zahlreichen bei uns eingegangenen Reaktionen.



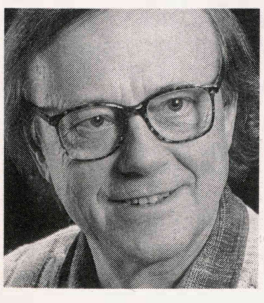
«Einmal mehr zeigt sich das kurze Gedächtnis der SchweizerInnen – der Fichenskandal war bereits wieder vergessen und verdrängt. Gleichzeitig ist es uns zu wenig gelungen, junge Menschen für das Thema zu sensibilisieren. Aktuellere und offen sichtbare Themen wie (Jugend-)Arbeitslosigkeit, AusländerInnenpolitik oder hohe Krankenkassenprämien beschäftigen die Leute mehr als die Schnüffelei der Staatsschutzpolizei und die systematische Registrierung der BürgerInnen: Tätigkeiten, die im Verborgenen stattfinden. Selbst in breiten Kreisen der SP «hetzt» man den Tagesaktualitäten nach und mag sich nicht so recht engagieren. Die Jubelfeiern zum 150-jährigen Bestehen des Bundesstaates mit seinen demokratischen Grundrechten stehen in krassem Widerspruch zur Tätigkeit der Staatsschutzpolizei».

Barbara Gysi,
Parteisekretärin SP Kanton St. Gallen



«Schule: Schüler fordern Neuerungen, Mitsprache, Mitbestimmung. Kaum aus der Schule entlassen, haben sie die Forderungen vergessen.
Kanton: In Obwalden (Owe) vergisst man die Steueraffäre. Wenige Jahre später wählt eine Mehrheit einen «Steuersünder» in den Ständerat als Vertreter ihres «Standes».
Bund: Fichenskandal. Wir alle waren doch gegen das Denunziantentum! Wir alle wollten doch Auskunft über unsere eigenen Daten! Abwarten! Hinauszögern! Einschlafen lassen und vergessen machen! Beim nächsten Fichenskandal werden wir auch diese Initiative vergessen haben.»

Dominik Brun,
chriftsteller, Kantonsrat, Engelberg



«1989 der Skandal mit den Fichen und der politischen Polizei. Keine Wiedergutmachung seither für die Opfer; neun Jahre später eine Alibi-Abstimmung zum Thema. Seit 1990 ist Politik wieder erlaubt und wird nicht mehr polizeilich geahndet. Eine junge Demokratie also, diese schweizerische Eidgenossenschaft?
Nein, mitnichten! Ein tiefes Misstrauen gegenüber diesem Staat ist angebracht. Er hat den Faschismus der Dreissiger- und Vierzigerjahre nie verarbeitet, ihn bis zur Wende von 1989 still praktiziert; sein gegenwärtiges Trachten ist es, die Schuld am Mitmachen mit Hitler zu verdrängen anstatt zu bekennen und wieder gut zu machen.»

Paul Ignaz Vogel,
Publizist, Bern

«Der Abstimmungssonntag vom 7. Juni zeigt den höchsten Grad von Unbewusstheit und Ignoranz in unserer Gesellschaft».

Isolde Schaad,
Schriftstellerin, Zürich

So banal, unwürdig und die persönliche Freiheit missachtend waren ja fast alle Einträge. Das Monströse daran ist, dass sie als wesentlich zum Schutz von Staat und Demokratie erachtet wurden. Derweil wurden munter Waffen verschoben, die reale Menschen umbrachten; Drogengelder gewaschen; Unrechtsregimes mitsamt ihren kleptomanischen Diktatoren unterstützt – ohne Ficheneinträge!
Eine Frage scheint mir wichtig: Was können wir beitragen, damit die politische Polizei nicht wieder zum 'courant normal' übergeht, weil sie – wie fast alle derartigen Polizeidienste – nur DEN Ernstfall üben, den sie bewältigen kann: sinnlos fichieren – auch all die kleinen bunten Fische, nur weil sie ein wenig gegen den Strom schwimmen.
P.S. Die Wahrscheinlichkeit, unsere Fichen in zehn Jahren einzusehen, ist sehr gering. Durch das neue Staatsschutzgesetz wurde uns ja dieses, an der Demo vom März 1990 erkämpfte Recht ersatzlos gestrichen....

Ginevra Signer,
Bern

«Von xxxxxxxx. Die S. kommentiert der sattsam bekannten W. gegenüber das angeblich schlimme Abstimmungsresultat. Die S. ist offenbar gegen die Patentierung von Tieren, für die Integration von Ausländer/innen, für mehr Einnahmen des Bundes und hat zudem die Initiative für die Abschaffung der politischen Polizei unterstützt. Die S. gefährdet unseren Rechtsstaat und muss als extrem eingestuft werden

(o) xxxxxxxx

«Es schlägt nun auch für uns die Stunde der legalen Schnüffelhunde.
Sie bellen nicht. Sie beissen zu.
Liebes Schweizerland, gib Ruh!»

Ärnschd Born,
Basel

«Mit Fichen-Fritz den Kopf hängen lassen? Nein – das wollen wir nicht! Natürlich haben wir uns ein anderes Abstimmungsergebnis erhofft. Nicht einmal die links-grüne Drittelsgesellschaft auf unserer Seite! Was sind die Gründe? Ich sehe sie bei der Verschleppung, bei der Angstmacherei und bei einer sonderbaren Bundesrats-Gläubigkeit...Nach

aus dem Sinn!?

Illustration: EFEU

acht Jahren war es offensichtlich leicht, die S.o.S-Initiative als nicht mehr aktuell zu erklären: 'Eine überholte Angelegenheit'. Andere Probleme sind wichtiger geworden. Und es ging auch nicht um Arbeitsplätze oder Finanzen.

Dem Bundesrat werfe ich eine Angstmacherei vor. In den 'Erläuterungen' erlaubt er sich vor 'schlimmen Folgen' zu warnen. Dies ist absurd, wenn man bedenkt, wie schlimm die Folgen damals waren, weil der Bundesrat die Schnüffelpolizei nicht im Griff hatte. Jetzt gar vor den Gefahren 'einer Insel der Unsicherheit und einem Aktionsgebiet von Terrorgruppen' zu warnen, ist unverantwortlich!

Erstaunt bin ich von der Bundesratsgläubigkeit der Stimmbürgerschaft, wenn man weiss, wie allgemein sonst die Behörden kritisiert werden..Ist dem Volk wohl das neue Grundrecht zu abstrakt erschienen? Alltäglich steht eben das Nützlichkeitsdenken derart im Vordergrund. Vielleicht hat's unserer Sache auch geschadet, dass es gar keinen eigentlichen Abstimmungskampf gab. In der St. Galler Presse zum Beispiel erschienen Leserbriefe von unserer Seite. Ohne Reaktion! Die Gegner meldeten sich überhaupt nicht zu Wort. Fehlte es ihnen an Argumenten oder waren sie sich ihrer Sache so sicher? Mit Fichen-Fritz wollen wir aber den Kopf nicht hängen lassen – wir brauchen ihn weiterhin.»

Fridolin Trüb,
Fichen-Inhaber von damals und
Mitarbeiter in der kleinen St. Galler S.o.S-Gruppe

«Die nächste Fichenaffäre kommt bestimmt. Ich wünsche dem elektronisch aufgerüsteten Schnüffelstaat viele kluge, subversive HackerInnen.»

Yvonne Lenzlinger,
Zürich

«Wie sollen die neuen Leute von der Bundespolizei etwas aus der Vergangenheit lernen, wenn es noch gar keine umfassende Geschichte dieser Institution gibt? (Eine solche gründliche Studie hätte selbstverständlich auch die in «Mitleidenschaft» gezogene Bevölkerung verdient.) Da liegen nun die Dossiers über die jahrzehntelange Tätigkeit einfach im Bundesarchiv und die Forscherinnen und Forscher picken sich mit einzelnen Einsichtsgesuchen nur nach bekannten Namen mal da und mal dort was raus. Gründliche vergleichende Arbeit ist beim derzeitigen Einsichtsrecht nicht möglich. Kommt dazu, dass die einzige serielle Quelle, welche diese Gesamttätigkeit umfassend dokumentiert, die sogenannten Monatsbulletins der Bundesanwaltschaft, selbst für die Kriegsjahre für die Forschung gesperrt bleibt – aus angeblich datenschützerischen Gründen (Bundesbeschluss «über die Einsicht in Akten der Bundesanwaltschaft» vom 9. Oktober 1992). Dies ist für die Geschichtsschreibung umso misslicher, als diese knappen Monatsbulletins damals dem Bundesrat vorlagen und 1939 bis 1945 eine in jeder Hinsicht wichtige Entscheidungsgrundlage bildeten.

Wenn es also heisst, 'alle Akten aus dem Zweiten Weltkrieg stehen für die Forschenden offen', stimmt das noch immer nicht. Für viele historische Fragen bleiben die Bundesanwaltschaftsakten eine im wahrsten Sinne des Wortes einmalige Quelle. Allerdings gilt für alle diese Dossiers und Berichte das strikte Gebot der wissenschaftlichen Quellenkritik. Unsinniges steht da ebenso drin wie überprüfbar Zutreffendes. Seite für Seite, Aussage für Aussage sind auf die Möglichkeit der Falschinformation hin zu befragen. Die Frage der 'Fiktion' in der Polizei- und Geheimdienstarbeit muss ganz seriös thematisiert werden. Für die Zeit damals, wie für heute.»

Peter Kamber,
freier Autor und Historiker, Burgdorf;
schreibt derzeit an einem recherchierten
Geheimdienstroman, der in der Schweiz
des Zweiten Weltkriegs spielt.

Edouard Wahl, Gemeinderat aus Brissago, im Abstimmungskampf vor dem 7. Juni

Ersteigern Sie sich das Original!

Unser «Schnüffi» (so haben wir ihn acht Jahre lang liebevoll genannt) hat also ausgedient. Entstanden ist er eher zufällig, als Telefongekritzel des WoZ-Mitarbeiters Felix Kuhn. Er hat uns jetzt das Original (mit Oberkörper!) überlassen, darauf zählend, dass sich genügend LiebhaberInnen finden, die seinen «Schnüffi» ersteigern und somit eine wertvolle Spende ans Komitee machen wollen. Der Autor steht dafür ein, dass es nirgendwo auf der Welt ein billiges Plagiat gibt.

Und so steigern Sie mit: Gesetzt sind 200.-Franken! Alle eingehenden Angebote werden nach Datum (Poststempel oder Telefonanruf-, bzw. E-Mail-Datum) gesetzt. Die Versteigerung läuft bis und mit Samstag, 1. August 1998!

Machen Sie Ihr Angebot per Post (Postfach 6948, 3001 Bern), per Telefon (031 312 40 30), Fax (031-312 40 45) oder via E-Mail (ficherman@goeast.ch).

Die Forderung bleibt

Über 150 Kulturschaffende haben mit ihrem Namen für ein Grundrecht der Überwachungsfreiheit geworben. Ihnen allen danken wir an dieser Stelle sehr herzlich für ein Engagement, das leider nicht mehr selbstverständlich ist.

Manifest der Kulturschaffenden für ein Grundrecht der Überwachungsfreiheit bei ideeller und politischer Betätigung.

7. Juni 1998:
JA zur S.o.S.-Initiative

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:
Art. 65bis (neu)
1 Die politische Polizei ist abgeschafft.
2 Niemand darf bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte überwacht werden.
3 Die Verfolgung strafbarer Handlungen bleibt vorbehalten.

Wir, die unterzeichnenden Kulturschaffenden, unterstützen das Volksbegehren «S.o.S.- für eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei». Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, am 7. Juni 1998 ein JA zu dieser Initiative in die Urne zu legen. Die ideellen Freiheitsrechte sind in den letzten Jahren bedenklich unter Druck geraten. Mit dem JA zur S.o.S.-Initiative können die Gewichte verschoben werden: Hin zu den Grundwerten der Freiheit, des Respekts vor der Persönlichkeit und des Datenschutzes - und hin zu den Werten einer offenen Gesellschaft!

Kurt Goetz

Arnaldo Alberti, scrittore, Locarno; Solvejg Albeverio-Manzoni, scrittrice/pittrice, Bochum; Jürg Ammann, Schriftsteller, Zürich; Stascha Bader, Regisseur, Zürich; Ruedi Bachmann, Architekt, Basel; Iren Baumann, Schriftstellerin, Zürich; Silvio R. Baviera, Schriftsteller, Künstler, Zürich; Edwin Beeler, Filmemacher, Luzern; Andreas Berger, Filmjournalist, Bern; Michael Birkenmeier, Kabarettist/Pianist, Basel; Simon Bischoff, Regisseur, Rom; Max Bolliger, Schriftsteller, Weesen; Aernschd Born, Musiker/Konzepter, Basel; Marion Bornschier, Filmemacherin, Zürich; Mousse Boulanger, artiste, Mézières; Jacques-Etienne Bovard, écrivain, Carouge; Beat Brechbühl, Schriftsteller/Verleger, Pfyn; Anne Bregani, poète, Lausanne; Irena Brezna, Journalistin, Basel; Dominik Brun, Autor, Engelberg; Michel Buenzod, écrivain, Lausanne; Margrit Bürer, Zürich; Kate Burgener, Bildende Künstlerin, Bern; Christophe Calame, éditeur, critique littéraire, Lausanne; Alex Capus, Schriftsteller, Olten; Gaston Cherpillod, écrivain, Le Lieu; Claude Darbellay, écrivain, La-Chaux-de-Fonds; Fabio De Agostini, scrittore, registe, Roma; Daniel de Roulet, écrivain, Genève; Marie-Claire Dewarrat, écrivaine, Châtel-St-Denis; Radka Donnell, Schriftstellerin, Zürich; Laurent Duvanel, traducteur, La Chaux-de-Fonds; Peter Emch, Künstler, Zürich; Joe Fenner, Schauspieler, Borgnone; Pier Riccardo Frigeri, direttore Rivista di cultura «Cenobi», Vezia; Dieter Fringeli, Schriftsteller, Basel; Hans Peter Gansner, Schriftsteller, Genève; Christoph Geiser, Schriftsteller, Bern; Peter Gerber, Maler/Zeichner, Bern; Paul Gisi, Schriftsteller, Wolfhalden; Marcel Gisler, Filmemacher, Berlin; Véronique Goël, cinéaste, Genève; Kurt Goetz, Musiklehrer und Karikaturist, Richterswil; Andrea Martina Graf, Autorin, St.Gallen; Marlies Graf Dätwyler, Filmemacherin, Zürich; Anne-Lise Grobéty, écrivaine, Fontaines; Sekretariat Gruppe Olten, Frauenfeld; Manfred Gsteiger, écrivain, Neuchâtel; Sebastien Guex, historien, Maitre-assistant, Lausanne; Ernst Häusermann, Töpfer, Lenzburg; Villi Hermann, cineasta, Lugano; Erna Hablützel, Autorin, Burgdorf; Valentin Havri, Maler, Zürich; Roland Heer, Autor, Zürich; Attila Herendi, Maler, Ennetbaden; August E. Hohler, Dr. phil., Psychologe und Publizist, Basel; Franz Hohler, Kabarettist/Schriftsteller, Zürich; Urs Hostettler, Spieleautor/Schriftsteller, Bern; Peter Höner, Schriftsteller/Schauspieler, Wittwil; Leopold Huber, Autor/Regisseur, Altnau; Theo In der Smitten, Lern-Animator/Kulturbeseeler, Basel; Ingrid Isermann, Lyrikerin/Kulturjournalistin, Zürich; Matthyas Jenny, Schriftsteller, Basel; Huguette Junod, écrivaine, Perly-Genève; Peter Kamber, Historiker und Publizist, Burgdorf; Lili-Lioba Keller-Strittmatter, Schriftstellerin, Steckborn; Stefan Keller, Journalist/Historiker, Zürich; Jochen Kelter, Autor, Tägerwilen; Barbara Kink, Malerin, Zürich; Olivier Krähenbühl, Künstler, Neftenbach; Thomas Krempke, Filmemacher, Zürich; Tim Krohn, Schriftsteller, Zürich; Christoph Kühn, Regisseur, Unterägeri; Gerold Kunz, Architekt, Kriens; Sylvie Landenberg, comédienne, Veyrier; Frédéric Landenberg, comédien, Veyrier; Yves Laplace, écrivain, Carouge; Verena Leistner, Bildende Künstlerin, Bern; Yvonne Lenzlinger, ehem. Chefin Film- Bundesamt für Kultur, Zürich; Romie Lie, Schriftstellerin, Wohlen; Peter Liechti, Filmschaffender, Zürich; Andreas Locher, Karikaturist, Zollikon; Jürg Lüdi, Künstler-Dokumentalist AI, Bern; Annik Mahaim, écrivaine, Lausanne; Charles P. Marie, écrivain, Chêne-Bougeries; Claire Marquis, femme au foyer, Aire; René Marti, Schriftsteller, Frauenfeld; Hansruedi Meier, Schriftsteller, Neerach; Raeto Meier, Schriftsteller/Gemüsegärtner, Hindelbank; E.Y. Meyer, Schriftsteller, Bern; Klaus Merz, Schriftsteller, Unterkulm; Beatrice Michel, Dr.phil./Autorin, Zürich; Markus Michel, Schriftsteller, Bern; Bigna Montigel, Schriftstellerin, Chur; Hans Moser, Journalist, Karikaturist, Laax; H.U. Müller, Autor, Zürich; Denise Mützenberg, écrivaine/éditrice, Genève; Ernst Nef, Dr. phil., Lufingen; Alberto Nessi, scrittore, Coldrerio; Rolf Niederhauser, Schriftsteller, Basel; Paolo Parin, Schriftsteller, Zürich; Erica Pedretti, Schriftstellerin, La Neuveville; Gian Pedretti, La Neuveville; Elena Pini, Illustratorin, Basel; Lislott Pfaff, Schriftstellerin, Liestal; Gusti Pollak, Kabarettist/Liedermacher, Boltigen; Carla Ragni, scrittrice, Locarno; Kurt Reinhard, Regisseur, Zürich; Hartlib Rex, Maler und Autor, Zürich; Hugues Richard, Libraire en chambre, Ponts-de-Martel; Elfie Riegler, Autorin/Journalistin, Genève; André Rochat, Architekt, Basel; Hans Rudolf Rojo, Kunstmaler, Reinach; Annarella Rotter Schiavetti, Malerin, Zürich; Franz Rueb, Schriftsteller, Zürich; Christoph Rütimann, Künstler, Kriens; Samir, Filmemacher, Zürich; Hugo Sarbach, Schriftsteller, Hub bei Krauchthal; Isolde Schaad, Schriftstellerin, Zürich; Gabriele Schärer, Regisseurin, Bern; Erich Schmid, Filmemacher, Zumikon; Bruno Schnyder, Schriftsteller, Zürich; Brigitte Schoch, Schriftstellerin, Schleitheim; Gabi Schranz, Grafikerin, Kriens; Iwan Schumacher, Filmregisseur, Zürich; Peter Schwaar, Übersetzer/Journalist, Zürich; Jakob Schwarz, Künstler, Zürich; Irène Schweizer, Musikerin, Zürich; Daniel Schweizer, Cinéaste, Petit-Lancy; Alexander J. Seiler, Filmautor/Publizist, Zürich; Jakob Sollberger, Kunstmaler, Zürich; Renata Spotti, Zürich; Jörg Stadler, Grafic-Designer, Basel; Lisa Stauffer, Weberin, Küttigen; Simon Stettler, Autor, Biglen; Toni Streiff, Regie/Kamera, Basel; Heinzpeter Studer, Publi-zist, St.Gallen; Hans Stürm, Filmschaffender, Zürich; José-Flore Tappy, écrivain et documentaliste, Lausanne; Angela Thomas, Kunsthistorikerin, Zumikon; Anne-Lise Thurler, écrivaine, Le Mont; Leo Tuor, Schriftsteller, Surrein; Jean-Pierre Vallotton, écrivain, Lausanne; Jean Villain, Schriftsteller, Dreesch; Paul Ignaz Vogel, Publizist und ehem. Hrsg. «neutralität», Bern; Eileen Walliser, Übersetzerin, Riehen; Suzanne Wallis, écrivaine, Bienne; Elisabeth Wandeler-Deck, Schriftstellerin, Zürich; Vreni Weber-Thommen, Schriftstellerin, Gelterkinden; Walter Weber, Autor/Regisseur, Zürich; Afra Weidmann, Autorin, Zürich; Heidi Werdenberg, Schriftstellerin, Schlieren; Peter Widmer, Kunstmaler, Neuenkirch; Urs Widmer, Schriftsteller, Zürich; Werner Wüthrich, Schriftsteller, Bern; Hedi Wyss, Autorin, Kilchberg; Yves Yersin, cinéaste, Vaugondry; Werner Zeindler, Autor/Regisseur, Ebmatingen; Ines Züst, Malerin-fibre artist, Zürich.

Übersicht über die Grossbaustelle EJPD

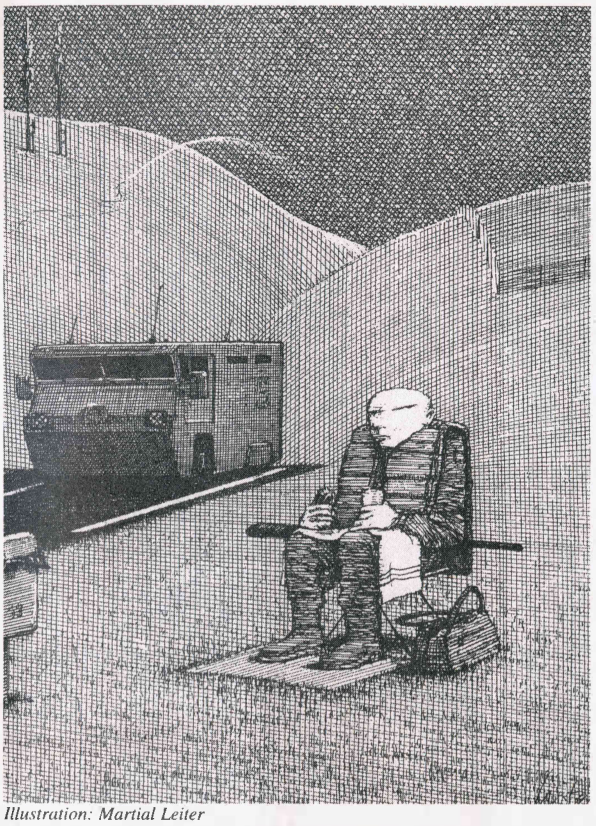


Illustration: Martial Leiter

Klarheit über Kollers Politik der «Inneren Sicherheit», über den vom EJPD betriebenen chaotischen Gesetzgebungsprozess und eine Zielvorstellung für ihre eigene Politik – das versprach sich die SP-Bundeshausfraktion, als sie Ende letzten Jahres dem FichenFritz-Autor und Politologen Heiner Busch eine Studie über «Justiz- und Polizeipolitik des Bundes seit dem Fichenskandal» in Auftrag gab.

Herausgekommen ist ein 165 Seiten dickes Materialpaket. Der Fichenskandal, so belegt Busch, schuf dem EJPD die willkommene Gelegenheit für einen rasanten Ausbau und eine Modernisierung der Polizei- und Justizorgane des Bundes und der eng damit verflochtenen Ausländer- und Asyladministration. Nach dem Fichenskandal schien zumindest ein Abbau der Bundespolizei sowie die von der PUK geforderte Reduzierung und Entflechtung der Funktionen der Bundesanwaltschaft erwartbar. Beides fand nicht statt. Die Bundespolizei ist heute personell genauso stark wie vor neun Jahren. Zusätzlich entstand mit den Zentralstellendiensten des Bundesamtes für Polizeiwesen eine neue zentralisierte Kriminalpolizei, die in den nächsten Jahren auf mehr als 200 Stellen ausgebaut werden soll. Die Kompetenzen der Bundesanwaltschaft will das EJPD nun erweitern auf Fälle der organisierten und der Wirtschaftskriminalität.

Die Macht der Polizeien und Ermittlungsapparate des Bundes ist nicht geschwunden, sondern durch den Aufbau neuer und die Erweiterung bestehender Informationssysteme noch gewachsen. Die Zeit der alten Fichen ist vorbei. Nicht nur die BUPO, sondern fast alle dem EJPD nachgeordneten Behörden verfügen heute über Datenbanken. Die Studie belegt die ungeheuren Datenmengen, die überlangen Speicherungszeiten und die informatorische Vernetzung zwischen den Behörden. Während die Modernisierungs- und Zentralisierungspläne der 70er und 80er Jahre noch am Widerstand der Bevölkerung und an der Weigerung der Kantone gescheitert waren, konnten sie unter dem Vorwand, die Forderungen der PUK umzusetzen, in veränderter Form über die Bühne gebracht werden. Als ideologisches Ferment für diesen Prozess diente vor allem die «organisierte Kriminalität», die den alten Antikommunismus ablöste und gerade wegen seiner Diffusität ein ideales Verkaufsargument für Bundesrat Kollers Politik der Inneren Sicherheit wurde.

Die Warnung vor der organisierten Kriminalität dient dem EJPD weiter auch zur rechtlichen Absicherung von geheimen Ermittlungsmethoden und zur Verlagerung der polizeilichen Tätigkeit ins Vorfeld konkreter Verdachtsmomente. Statt mit der von der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission 1992 geforderten Einschränkung der Telefonüberwachung wird sich das Parlament in Kürze mit einem Gesetzentwurf befassen müssen, der die bestehende Praxis nicht ankratzt: Die Zahl der Anordnungen von Telefonkontrollen hat sich seit Anfang der 90er Jahre auf über 1000 Fälle verdoppelt. Über den Einsatz von Wanzen und V-Leuten gibt es – warum wohl? – keine Zahlen.

Keine berauschende Perspektive

Gegenüber Kollers Politik der Inneren Sicherheit befindet sich die Linke seit langem in der Defensive. Mit dem Abstimmungsergebnis vom 7. Juni ist darüber hinaus die Chance für eine Abschaffung der politischen Polizei vorerst in weite Ferne gerückt. Was also tun? Annäherung an die bürgerliche Stimmungsmache in Sachen Innere Sicherheit in der Hoffnung, damit Wahlen zu gewinnen, darf nicht die Perspektiven, einer linken Polizei- und Justizpolitik sein, sagt Busch. Er fordert die SP und die Linke insgesamt dazu auf, grundsätzliche programmatische Vorstellungen zu entwickeln und einzufordern: für eine demokratische Polizei, die den BürgerInnen offen und nicht mit geheimen Methoden entgegentritt, für das Recht auf Akteneinsicht, für Transparenz und Kontrolle, für die Entrümpelung und Entpolitisierung des Strafrechtes, für den Ausbau des Datenschutzes und die Verbannung des Militärs aus zivilen Angelegenheiten. Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es!

(Die Studie kann für Fr. 12.– bestellt werden beim Sekretariat der SPS, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 311 07 44)

Das Kreuz mit dem Pass

Zum ersten Mal wird anhand von Dokumenten aus den Archiven belegt, was bisher nur vom Hörensagen oder aus Rolf Lyssys Film «Die Schweizermacher» bekannt ist: Der Historiker und Politologe Christian Dütschler (Mitautor des Buches «Die Schweiz und ihre Skandale») zeigt an 24 Lebensgeschichten die teils erschreckenden Gründe auf, die zu einer Ablehnung der Einbürgerung führen können: Zum Beispiel Gesundheit – «wie ein unverschuldeter Unfall auf dem Trottoir eine Einbürgerung zunichte macht»; oder politische Ansichten – «wie ein italienischer Zwangsarbeiter für eine Melioration schuftet und ihn sein Chef als Kommunist verpfeift». Das Buch ist eine wirkliche Alternative zu den vielen Publikationen im Rahmen der Bundesstaatfeiern, denn auch das Schweizer Bürgerrecht wird heuer 150jährig.

Christian Dütschler, «Das Kreuz mit dem Pass – Protokoll der 'Schweizermacher'», Limmat Verlag, Zürich 1998.

Auf S.o.S. folgt im November DroLeg

Die S.o.S.-Abstimmung ging verloren. Die DroLeg-Abstimmung folgt Ende November 1998. Was haben die beiden Initiativen gemeinsam? Beide Initiativen vertreten die wahrscheinlich in dieser Zeit und in diesem Lande doch minoritäre Haltung, dass ein Übermass an Polizeiintervention die Gesellschaft nicht sicherer macht, sondern deren Konflikte verschärft, Minderheiten marginalisiert, zusätzliche soziale Kosten verursacht und die Bevölkerung verunsichert.

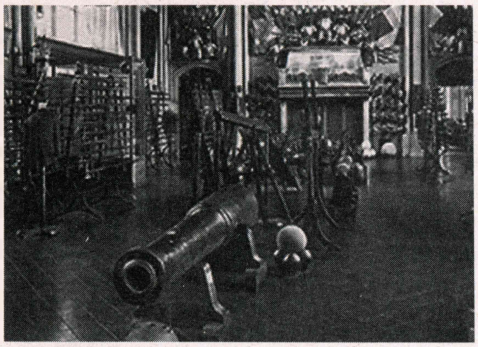
Die Kriminalisierung des Drogenkonsums, gegen die sich die DroLeg-Initiative wendet, ist ein Ausfluss des Bedürfnisses der Kontrollinstanzen, sich immer tiefer in die persönlichen Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger einzumischen, einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung, deren Lebensart vielleicht nicht der Mehrheit der Bevölkerung entspricht, zu kriminalisieren und dadurch vermeintlich besser im Griff zu haben. Die Kriminalisierung des Drogenkonsums steht im Widerspruch zu den Hauptprinzipien des Strafrechts: dass nämlich nur Taten bestraft werden sollen, die Dritte schädigen. Der Konsum von irgendeiner Substanz, und sei es auch pures Gift, liegt hingegen in der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen. Dieses rechtliche Grundprinzip wurde schon von Thomas von Aquin begründet. Aber wenn's drauf ankommt, vergessen auch mal katholische Bundesräte und Parteien die christliche Dogmatik.

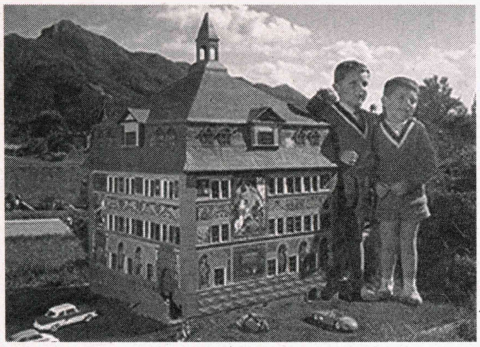
Der Polizei das drogenpolitische Primat zuzugestehen, ist ein gesellschaftspolitischer Fehler, der in der Schweiz seinen Anfang in den sechziger Jahren nahm und nur kurz in der Zeit der AIDS-Bekämpfung scheinbar unterbrochen wurde. Jetzt wird das polizeiliche Primat mit noch grösserer Intensität vorwärts getrieben. Dabei ist der internationale Druck wesentlich, ausgeübt durch die Opiat-Kontrollbehörde der UNO in Wien und die amerikanische Regierung. Das Departement Koller übernimmt dabei beinahe die Rolle eines Büttels des amerikanischen Hegemonieanspruchs. Einer der prominentesten Kämpfer für den «war on drugs», den totalen Drogenkrieg, ist der auch hier allgemein bekannte und (nicht sonderlich) beliebte amerikanische Senator Alfonse D'Amato.

Wenn wir endlich eine Drogenpolitik durchsetzen wollen, welche die Menschenrechte auch derjenigen achtet, die beispielsweise Cannabis oder Heroin oder nicht verschriebene Medikamente konsumieren und nicht nur die legalen, aber nicht weniger gesundheitsschädlichen Drogen Tabak und Alkohol, so müssen wir für die DroLeg-Initiative kämpfen. Drogenprävention, Einschränkungen des Gebrauchs durch geeignetere Massnahmen und Jugendschutz sind ohne Kriminalisierung effizienter zu bewerkstelligen. Prohibition fördert den Drogenkonsum, da sie Abhängige zwingt, für ihren teuren illegalen Stoff zu dealen und bisher abstinenten Menschen den Stoff anzubieten.

Josef Estermann,
Rechtssoziologe und Jurist, Luzern

Die Erfindung der Schweiz





Die politische Polizei, die in diesem Jahr erst ihr 109jähriges Jubiläum feiert, ist mit ihren Produkten an der Ausstellung, die am 25. Juni im Landesmuseum ihre Tore öffnet, ebenfalls vertreten. Die neueste Zeitgeschichte ist unter dem Stichwort «Verunsicherung» zusammenzufassen. Zu sehen sind unter anderem Fichen und Dossiers von Privatpersonen und von Organisationen wie etwa den Demokratischen Juristen der Schweiz. Die politische Polizei erlebte ihre Höhepunkte nicht etwa im Kampf gegen die nationalsozialistische Bedrohung, sondern im kalten Krieg seit den 50er Jahren als antikommunistische Informationszentrale. In den spätesten sechziger Jahren war sie beschäftigt mit der Beobachtung der Studentenbewegung, die den ideologischen Konsens des sogenannten «Establishment» aufkündigte. In der Folge wurde jede Organisation, die sich nicht in jeder Beziehung vom «Osten» distanzierte, fleissig überwacht, durch Beobachtung und durch informelle Mitarbeiter (Spitzel) in den Organisationen selbst.

Anfang der achtziger Jahre fand die politische Polizei in der Jugendbewegung und unter den Hausbesetzern ein willkommenes neues Objekt der Überwachung. Es traf Leute, die sich gegen die Vernichtung gesellschaftlicher Güter und Werte und gegen Unterdrückung wandten. Die Ausgaben der Polizei für die politische Überwachung der Linken bewegten sich gegen hundert Millionen jährlich, Beträge, mit denen man ganze Universitäten hätte finanzieren können.

Nach dem Fichenskandal wurde die ganze Arbeit der politischen Polizei umstrukturiert und modernisiert. Die Fichen und Dossiers arbeiteten zum Teil neu rekrutierte Sonderbeamte des Bundes auf, denen nach getaner Arbeit sichere Stellen in der übrigen Bundesverwaltung angeboten wurden. Ihre Arbeit wurde elektronisch erfasst und dient als Grundlage für die neuen computergestützten Fichen. Seit Inkraftsetzung des ominösen Bundesgesetzes zur Wahrung der Inneren Sicherheit ist nun alles gesetzlich erlaubt, was früher nicht erlaubt, aber trotzdem gemacht wurde und das Einsichtsrecht ist abgeschafft.

Die Ausgrenzung der politischen Opposition, insbesondere von Personen, die im Interesse von Lohnabhängigen arbeiten, scheint ein wichtiger Punkt bei der Erfindung der Schweiz zu sein. Deren Erstarken seit Ende der sechziger Jahre wurde prompt als Dekonstruktion der Schweiz begriffen und massiv bekämpft. Im Verlauf ihrer Geschichte mussten die Schweizerinnen und Schweizer immer wieder entscheiden, welche Schweiz sie wollten. Die Erfindung der Schweiz ist ein konfliktreicher Prozess um die richtige, die echte und wahre Schweiz. In Anbetracht dieser Tatsache zeigt die Ausstellung keinen einmaligen titanischen Schöpfungsakt einer politischen oder geistigen Elite, sondern einen abwechslungsreichen und widersprüchlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Prozess. Darin unterscheidet sich die Schweiz in keiner Weise von anderen Nationen. Doch anders als in den Nachbarländern fehlt eine gemeinsame Sprache oder Kultur, die zur gemeinsamen Wurzel stilisiert werden könnte. Deshalb lebt sie auch und wesentlich von Feindbildern, seien es Ausländer oder Linke und Nette.

Die Arbeit der politischen Überwachung wurde in erster Linie von den Kantonspolizeien geleistet, die Bundespolizei koordinierte, sammelte die Daten und gab diese ins In- und Ausland weiter. Seit dem Abstimmungsergebnis vom 7. Juni darf sie dies nun ohne jede Skrupel und auf einer gesetzlichen Grundlage. Alte, dazumal illegale Dossiers der politischen Polizei sind jedenfalls noch ein paar Wochen im Landesmuseum zu bestaunen.

Josef Estermann

Die Sonderausstellung im Schweizerischen Landesmuseum in Zürich dauert vom 25. Juni bis 4. Oktober 1998; Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10.30-17.00 Uhr

Ein kleines Quiz zum Abschied:

Wer wurde von der amerikanischen Bundespolizei FBI als Krypto-Kommunist und Mafioso in die Enge getrieben?

- **Alfonse D'Amato**
- **Frank Sinatra**
- **Walt Disney**

(Die richtige Lösung findet sich in der «Süddeutschen Zeitung» vom 23./24.Mai 1998;)

WIDERSPRUCH 35

Beiträge zur sozialistischen Politik

50 Jahre Menschenrechtspolitik – Globalisierung ohne Menschenrechte?

Recht auf Entwicklung und Ernährung; Frauen und Minderheitenrechte; Krise der Grund- und Bürgerrechte in Westeuropa; Abbau des Asylrechts in der Schweiz; Universalismus versus Kulturrelativismus; Islam und Menschenrechte; Zivilisatorische Friedenspolitik; Wirtschaftsbürgerrechte, Sozialethik und Menschenwürde; Völkermord und Menschenrechtsverletzungen in Algerien, Kolumbien, Ruanda und in der Türkei.

F. Afshar, G. Baechler, H. Busch, S. Celik, A. Fankhauser, Gruppe augenauf, S. Kappeler, S. Kebir, R. Kößler, A. Künzli, A. Lanz, G. Lohmann, W. Lesch, C. Meier-Seethaler, W.-D. Narr, G. Paul, R. Roth, B. Rütsche, Ch.P. Scherrer, D. Senghaas, A. Sutter, P. Ulrich, S. Weinbrenner, Ch. Wichterich, M. Züfle

ca. 220 Seiten, Fr. 21.– (Abonnement, 2 Hefte/Jahr 36.–)

Zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02
e-mail: widerspruch@access.ch

Oder älteres Probeheft anfordern!

A.Z.B.
3900 Brig